

# Standpunkte zur Krise der Landwirtschaft

## Verbraucherinteressen wahren - Bauern solidarisch unterstützen

### I. Einleitung

Die aktuelle Krise der deutschen Landwirtschaft, hervorgerufen durch das Auftreten von BSE in Deutschland, macht politischen wie gesellschaftlichen Handlungsbedarf deutlich. Politik und Landwirtschaft müssen sich auf einen gemeinsamen Weg aus der Krise begeben. Um zu sachgerechten Lösungen zu kommen, bedarf es vor allem einer neuen Kommunikationskultur zwischen Politik und Landwirtschaft. Stereotype Schuldzuweisungen helfen nicht weiter, sondern schädigen nur umso mehr das Vertrauen der Verbraucher in die landwirtschaftlichen Produkte. Eine ideologische Unterscheidung in "böse" Bauern mit herkömmlicher Bewirtschaftung und "gute" Bauern mit "Öko-Landwirtschaft" ist zurück zu weisen. Einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Verbraucher und Landwirt gibt es nicht. Einer in tiefer Krise befindlichen Landwirtschaft muss unter die Arme gegriffen werden. Es geht um die Existenz vor allem kleiner und mittlerer Familienbetriebe und damit letztlich auch um das Erscheinungsbild des ländlichen Raums. Der persönliche Kontakt der Verbraucher zum Bauern vor Ort sollte gefördert werden, denn das jahrzehntelang politisch getragene Leitbild des Familienbetriebes ist nicht überholt, sondern wichtiger denn je. Ein Weg aus der Krise kann nur gelingen, wenn auf der anderen Seite verlorenes Vertrauen in die landwirtschaftlichen Produkte zurückgewonnen wird.

Mittelfristig ist über eine Neuorientierung des Subventionssystems nachzudenken. Diese muss allerdings in europäischem Kontext erfolgen, denn gerade in der Landwirtschaft ist Deutschland keine Insel, sondern steht in einem hartem Wettbewerb.

Die Junge Union NRW greift mit diesem Standpunktpapier einige wichtige Aspekte auf, die aktuell diskutiert werden und zur Lösung der Krise beitragen können.

### II. Einzelforderungen

1. Die Junge Union NRW bekennt sich zur Landwirtschaft und ihrer wichtigen Funktion bei der Ernährung der Menschen, aber auch bei der Gestaltung des Natur- und Landschaftsschutzes im ländlichen Raum. Daher wehrt sie sich gegen die Stigmatisierung der Bauern als Täter und als gewissenlose Agrarfabrikanten.
2. Die Junge Union hält die Verquickung der Faktoren Tierbestand und Fläche für grundsätzlich sinnvoll. Eine Leistungsfähigkeit der Höfe und eine extensive Bewirtschaftung ist nur auf insgesamt genügend großen Flächen möglich
3. Die Produktionsprozesse müssen gläsern werden. Dazu muss jederzeit bis zum Endverbraucher nachvollziehbar und einsehbar sein, welchen Weg ein Tier genommen hat, von der Aufzucht über die Schlachtung bis zur Verarbeitung. Verwendete Futtermittel sind offen zu deklarieren und auch dem Verbraucher in verständlicher Form mitzuteilen
4. Die JU NRW fordert die vorhandenen gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Arzneimittelinsatz bei der Tierzucht, zu überprüfen und gegebenenfalls zu verschärfen. Die Kontrollen zur Einhaltung der entsprechenden Gesetze sind zu verstärken.
5. Die Junge Union NRW lehnt die Beschränkung auf eine Kohortenschlachtung bei in einem Bestand auftretendem BSE-Fall ab. Die gesamte Herde ist statt dessen zu töten. Betroffene Höfe haben durch unter Quarantäne stehende Tiere keine Vorteile. Vielmehr wird das Verbrauchervertrauen in diese Betriebe nicht zurückkehren, wenn nicht die Bereitschaft zu dem drastischen Schritt der Bestands- und damit der Erregervernichtung besteht.

- 57 6. Die seitens der EU vorgeschlagenen Marktberreinigung des Rindfleischmarktes durch die  
 58 reine Vernichtung von mehr als 400.000 Rindern lehnt die Junge Union NRW ab. Dies ist  
 59 ethisch nicht vertretbar. Vielmehr sollte überlegt werden, inwiefern diese auf dem Markt  
 60 der EU nicht benötigten Fleischmengen Länder der sogenannten Zweiten und Dritten  
 61 Welt zur Verfügung gestellt werden könnten. Allerdings darf es durch eine solche  
 62 Maßnahme nicht zu einem Zusammenbruch der lokalen Fleischmärkte kommen.  
 63
- 64 7. Das Land und insbesondere der Bund stehen in der Pflicht, die Kosten für BSE-Tests und  
 65 Tierkörperbeseitigung zu übernehmen. Die vom Bund gemachten Zahlungszusagen sind  
 66 schnellstmöglich in die Tat umzusetzen. Bis zur Klärung der endgültigen  
 67 Kostenübernahme durch Land und Bund fordert die JU NRW die Kreise und kreisfreien  
 68 Städte auf, *vorläufig* die Kosten für diese Maßnahmen zu übernehmen. Es muss  
 69 gesichert sein, dass die Kreise nicht auf ihren Kosten sitzen bleiben.  
 70 Die Banken und Sparkassen, vor allem aber die im ländlichen Raum verankerten  
 71 Genossenschaftsbanken, werden aufgefordert, betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben  
 72 kurzfristig zinsgünstige Darlehen zur Verfügung zu stellen, um finanzielle Engpässe zu  
 73 vermeiden.  
 74 Ist ein Landwirt erst einmal insolvent - meist trifft es die kleinen Familienbetriebe zuerst -,  
 75 wird er keinen Beitrag mehr für eine naturnahere Landwirtschaft leisten können. Dabei  
 76 wären hier gerade kleine Höfe gefragt.  
 77
- 78 8. Eine Preissteigerung für Fleisch ist in Anbetracht der veränderten aufwendigeren  
 79 Wirtschaftsweise notwendig und scheint im Hinblick auf eine damit einhergehende  
 80 Nachfragedrosselung hinnehmbar. Letztlich muss jedoch für jeden Verbraucher das  
 81 Grundnahrungsmittel Fleisch noch bezahlbar bleiben. Das Ausweichen auf teure Öko-  
 82 Produkte wird nicht jedem möglich sein. Auch wer im Supermarkt Fleisch einkauft, muss  
 83 sich auf dessen Qualität verlassen können. Es darf zu keiner 2-Klassen-Gesellschaft  
 84 kommen. Die künstliche Steigerung der Bio-Produktion auf 20% der landwirtschaftlichen  
 85 Produktion wird zu einer solchen 2-Klassen-Produktion zwangsläufig führen, da die  
 86 unwirtschaftliche Bio-Produktion in erheblicher Weise ergänzend subventioniert werden  
 87 wird und damit die Preise insgesamt steigen werden.  
 88
- 89 9. Die Junge Union NRW fordert die Supermarkt- und Handelsketten auf, sich des in der  
 90 Vergangenheit betriebenen aggressiven Preiskampfes um das billigste Fleisch zu  
 91 enthalten. Fleisch ist kein Discount-Artikel. Das gilt im übrigen auch für Milchprodukte.  
 92
- 93 10. Tiermehl hat in der Futtermittelproduktion nichts zu suchen. Die Junge Union NRW  
 94 spricht sich für ein dauerhaftes Verbot der Tiermehlverfütterung in der EU aus.  
 95 Die Junge Union NRW fordert die vermehrte Aufzucht von Rindern mit Vollmilch statt  
 96 durch Milchaustauscher. Milchaustauscher steht im Verdacht eine Ursache für BSE zu  
 97 sein; deshalb sollte darauf möglichst verzichtet werden. Ist der Milchaustauscher als  
 98 sicher zu beurteilen, sollte der Landwirt letztlich selbst entscheiden können, ob er sich  
 99 seiner bedient. Da die Aufzucht mit Milchaustauscher billiger ist als durch Muttermilch,  
 100 sollte überlegt werden, inwieweit Höfe, die darauf verzichten nicht gesondert gefördert  
 101 werden können.  
 102
- 103 11. Der Bund muss sich verstärkt an den Kosten der BSE-Krise beteiligen. Gerade für die  
 104 Erfassung und Beseitigung von Tiermehl sowie BSE-Tests sind erhöhte Mittelansätze  
 105 bereitzustellen. Aber auch die Forschungsmittel sind drastisch zu erhöhen, um Herkunft  
 106 und Wirkungsweise des BSE-Erregers zu erkunden.  
 107
- 108 12. Die Junge Union fordert eine bedarfsgerechte Tierzuchtförderung seitens der  
 109 Europäischen Union. Dabei ist festzuhalten, dass Bestandsgröße und Qualität in keinem  
 110 zwingenden Zusammenhang stehen.  
 111
- 112 13. Die Junge Union NRW fordert die Unterbringung der Sparten Landwirtschaft und  
 113 Verbraucherschutz in verschiedenen Ministerien. So können eventuelle Konflikte

- 114 zwischen zwei Ministerien öffentlich deutlich werden und versumpfen nicht in den  
115 Strukturen *einer* Behörde. Das Verbraucherschutzministerium muss mit allen  
116 Verbraucherfragen, auch aus anderen Ressorts, befasst werden.  
117
- 118 14. Es ist zur Kennzeichnung von ökologisch hergestellten Produkten eine einheitliche  
119 Kennzeichnung per Verordnung einzuführen. Dies setzt ebenfalls einheitliche Standards  
120 in der Produktion von Bio-Produkten voraus. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass  
121 die bisherigen Öko-Labels nicht dazu in der Lage waren eine einheitliche Regelung  
122 herbeizuführen. Hier ist zur einheitlichen und verlässlichen Verbraucherinformation  
123 Abhilfe zu schaffen. Darüber hinaus fordert die Junge Union NRW die verstärkte  
124 Förderung von Direktabsatzgemeinschaften. Ist der Einzellandwirt als Erzeuger  
125 erkennbar, so wird er selbst auf höhere Qualitätsstandards achten.  
126
- 127 15. Eine Förderung von Landwirten, die sich für die "Öko-Landwirtschaft" entscheiden ist bei  
128 Umstrukturierung der Betriebe in Anbetracht der bei Umstellung entstehenden Kosten  
129 grundsätzlich sinnvoll. Eine grundsätzliche Bevorzugung der "Öko-Landwirtschaft" wird  
130 von der Jungen Union NRW entschieden abgelehnt, vor allem dort, wo jede Form der  
131 landwirtschaftlichen Tätigkeit dem erwünschten Ziel des Natur- oder Landschaftsschutzes  
132 und damit der Erhaltung entsprechender Umwelt- oder Erholungsleistungen zuträglich ist.  
133
- 134 16. Die Junge Union NRW fordert die Bundesregierung auf, sich für eine Angleichung der  
135 Produktionsbedingungen in der EU einzusetzen. Nur wenn für alle Landwirte innerhalb  
136 der EU die selben Standards gelten, kann die ohnehin in schwieriger Lage befindliche  
137 deutsch Landwirtschaft i.w.S. wettbewerbsfähig bleiben.  
138
- 139 17. Zur Minimierung der Transportwege und -kosten sowie der damit verbundenen  
140 Umweltbelastungen sollte stärker auf einen *regionalisierten* Absatzmarkt hingearbeitet  
141 werden. Eine Minderung von weiten Transporten, gleich ob Lebewiehvieh- oder  
142 Produkttransporte, würde auch die Gefahr der unkontrollierbaren Tierseuchenverbreitung  
143 senken.  
144 Darüber hinaus fordert die Junge Union NRW die verstärkte Förderung von  
145 Direktabsatzgemeinschaften. Ist der Einzellandwirt als Erzeuger erkennbar, so wird er  
146 selbst auf höhere Qualitätsstandards achten.